DIGITALE REPRINTS

Dokserver des Zentrums
für Zeithistorische Forschung Potsdam
http://zeitgeschichte-digital.de/Doks

Patrice G. Poutrus

Mit strengem Blick. Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS (2003)

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

Reprint von:
Patrice G. Poutrus, Mit strengem Blick. Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS, in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 231-250

ISBN 3-936411-01-08

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2015 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE
FORSCHUNG POTSDAM
Institut der Leibniz-Gemeinschaft

Zitationshinweis:
Patrice G. Poutrus, Mit strengem Blick. Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS (2003), Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.901

Ursprünglich erschienen als: Patrice G. Poutrus, Mit strengem Blick. Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS, in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 231-250

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

Fremde und Fremd-Sein in der DDR

Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland

Herausgegeben von

Jan C. Behrends

Thomas Lindenberger

Patrice G. Poutrus

METROPOL

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

Fremde und Fremdsein in der DDR : zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland / Jan C. Behrends ; Thomas Lindenberger ; Patrice G. Poutrus (Hrsg.)
– Berlin : Metropol 2003
ISBN 3-936411-01-8

ZZF 14964
Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

© 2003 Metropol Verlag
Kurfürstenstr. 135
D-10785 Berlin
www.metropol-verlag.de
Druck: Fuldaer Verlagsagentur

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

Inhalt

Jan C. Behrends · Thomas Lindenberger · Patrice G. Poutrus
Fremde und Fremd-Sein in der DDR
Zur Einführung 9

Jürgen Danyel
Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek
der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur 23

Staatssozialismus als Fremdherrschaft

Gábor T. Rittersporn
Fremde in einer Gesellschaft der Fremden:
Das sowjetische Beispiel 43

Oliver von Wrochem
Die sowjetischen „Besatzer"
Konstruktionen des Fremden in der lebensgeschichtlichen Erinnerung 57

Jan C. Behrends
Sowjetische „Freunde" und fremde „Russen"
Deutsch-Sowjetische Freundschaft
zwischen Ideologie und Alltag (1949–1990) 75

Gesamtdeutsche Dimensionen

Christoph Classen
Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte
Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus
in beiden deutschen Staaten 101

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

Ina Dietzsch

Deutsch-Sein in einem geteilten Land
Das Problem kultureller Zugehörigkeiten 127

Nicole Hirschler-Horáková

Deutsche aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik und der DDR
Aspekte des Vertretungsanspruches in den 1950er Jahren 141

Soziale Ausgrenzung in der DDR

Heike van Hoorn

Zwischen allen Stühlen
Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler
in den ersten Jahren der SBZ/DDR 159

Thomas Lindenberger

Das Fremde im Eigenen des Staatssozialismus
Klassendiskurs und Exklusion am Beispiel der Konstruktion
des „asozialen Verhaltens“ 179

Elfie Rembold

„Dem Eindringen westlicher Dekadenz ist entgegenzuwirken.“
Jugend und die Kultur des Feindes in der DDR 193

Joan Hackeling

Das „Fremde“ im Spannungsfeld
zwischen Herrschaft und gesellschaftlicher Praxis:
Das Beispiel Rostock 1978–1989 215

Ausländer in der DDR

Patrice G. Poutrus

Mit strengem Blick
Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS 231

Uta Rüchel

Zwischen Paternalismus und Solidarität:
das SWAPO-Kinderheim in Bellin 251

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

Dennis Kuck

„Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat"?
Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR ... 271

Rita Röhr

Ideologie, Planwirtschaft und Akzeptanz
Die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in Betrieben
des Bezirkes Frankfurt/Oder ... 283

Annegret Schüle

„Die ham se sozusagen aus dem Busch geholt."
Die Wahrnehmung der Vertragsarbeitskräfte aus Schwarzafrika
und Vietnam durch Deutsche im VEB Leipziger Baumwollspinnerei ... 309

Anhang

Jan C. Behrends · Dennis Kuck · Patrice G. Poutrus

Thesenpapier: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit
in den Neuen Bundesländern ... 327

Abkürzungsverzeichnis ... 334

Christoph Kalter · Marcel Streng

Bibliographie „Fremde und Fremdsein in der DDR" ... 339

Die Autorinnen und Autoren ... 373

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

Patrice G. Poutrus

Mit strengem Blick

Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS

Gemessen an der in den siebziger und achtziger Jahren wachsenden Zahl von Vertragsarbeitern[1] und den sowjetischen Besatzungstruppen,[2] die den größten Teil der ständig in der DDR anwesenden Ausländer ausmachten, waren die „Polit. Emigranten" die kleinste Gruppe von in der DDR lebenden Fremden. Dieser in der DDR-Amtssprache auch als „PE's" bezeichnete Personenkreis war von anderen Migrantengruppen durch seinen besonderen Aufenthaltsstatus im SED-Staat, durch das von der offiziellen Propaganda vorgestellte politische Ansehen und seine unmittelbare Aufnahme in das Alltagsleben in der DDR deutlich abzugrenzen. Idealtypisch sollten die „Polit. Emigranten" in der SED-Diktatur das Bild des „guten Ausländers", des Freiheitskämpfers bzw. Antifaschisten verkörpern, also jenes Bild des „guten Inländers", das die SED-Führung vor allem für sich selbst in Anspruch nahm und mit dem sie ihre diktatorische Herrschaft in der DDR begründete.[3] Diese positive und gleichzeitig instrumentelle Darstellung der wenigen Flüchtlinge des Kalten Krieges, die Asyl in der DDR suchten und erhielten, war aber weder geeignet, den Argwohn der Bevölkerung gegenüber der herrschenden Staatspartei abzubauen, noch trug sie dazu bei, ein vorurteilsfreies Zusammenleben von Fremden und Einheimischen zu fördern. Schließlich beobachtete der zentralisierte Geheimdienstapparat der DDR,

1 Einen ersten Überblick zum Thema Ausländer in der DDR gab Marianne Krüger-Potratz, Anderssein gab es nicht: Ausländer und Minderheiten in der DDR. Mit Beiträgen von Dirk Jasper und Georg Hansen, Münster/New York 1991.

2 Vgl. dazu Kurt Arlt, Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945–1994), in: Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hrsg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998, S. 593–631; Ilko-Sascha Kowalczuk/Stefan Wolle, Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, 1. Aufl., Berlin 2001. Seit dem 1. Januar 2002 bearbeitet Dr. Christian Th. Müller am ZZF zu diesem Themenfeld ein Projekt, das von der Gerda-Henkel-Stiftung gefördert wird.

3 Vgl. Olaf Groehler, Antifaschismus – Vom Umgang mit einem Begriff, in: Ulrich Herbert/Olaf Groehler, Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 29–40.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), die „Polit. Emigranten" genauso mißtrauisch wie die deutsche Bevölkerung. Der Anfangsverdacht der SED galt der ausländischen Herkunft der Einen und der Sehnsucht der Anderen nach dem unerreichbaren Ausland. Anhand der für diesen Beitrag hauptsächlich benutzten Quellen aus dem Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen DDR läßt sich klar ablesen, daß unter den Bedingungen der SED-Diktatur Toleranz gegenüber dem „Anderen" oder „Fremden" keine geforderte Tugend war und so nur bedingt erlernt bzw. gelebt werden konnte.

Einreise in das Ausreiseland

Bis zum 13. August 1961 flohen die Menschen massenhaft aus der DDR in den anderen deutschen Staat, die Bundesrepublik. Insgesamt verließen während der 40 Jahre DDR ca. 3,6 Millionen Menschen den „Arbeiter-und-Bauern-Staat" in Richtung Westen.[4] Das waren fast 20 % der ursprünglichen Wohnbevölkerung, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands lebte. Jenseits aller konkreten Fluchtgründe war der Ende der fünfziger Jahre rasant anschwellende Flüchtlingsstrom in den Westen als Abstimmung mit den Füßen zu einer existentiellen Bedrohung der SED-Diktatur geworden.[5] Nur durch die totale Abriegelung der Grenzen nach Innen konnte er auf ein scheinbar unbedrohliches Maß reduziert werden.[6] Diese Zäsur veranschaulichte schon damals eindeutig das Gewaltverhältnis der SED-Herrschaft gegenüber der DDR-Bevölkerung,[7] sie institutionalisierte auch ein wesentliches Strukturelement des Alltags in der Diktatur: das gänzliche Fehlen von freier, individueller Mobilität. Spätestens jetzt waren Auslandsreisen und internationale Mobilität aus dem Alltag der großen Mehrheit der DDR-Bevölkerung weitgehend verbannt. Private Urlaubsreisen etwa nach Bulgarien oder Ungarn konnten sich anfänglich nur wenige leisten, und Besuche im Westen waren Ausnahmen im Falle wichtiger Familienangelegenheiten. Für die Mehrheit der DDR-Bürger war Reisen ein staatlich gewährtes Privileg.[8] Die erzwungene Bodenständig-

4 Zur Flüchtlingsproblematik s. Volker Ackermann, Der „echte" Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR, 1945–1961, Osnabrück 1995.

5 Vgl. Angaben des Bundesausgleichsamtes, zit. nach Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1996, S. 320.

6 Vgl. dazu Arnold Sywottek, Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 2000, S. 54–76.

7 Patrick Major, „Mit Panzern kann man doch nicht für den Frieden sein". Die Stimmung der DDR-Bevölkerung zum Bau der Berliner Mauer am 13. August im Spiegel der Parteiberichte der SED, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 3 (1995), S. 208–223.

8 Wenn dieses Phänomen sicher keine hinreichende Begründung für den Rechtsextremismus in Ostdeutschland liefert, so ist es doch ein notwendiger Bestandteil zur Erklärung des gesellschaft-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

keit hatte weitreichende Konsequenzen für die Sicht der Bevölkerung auf in der DDR eintreffende Ausländer.

In der Zeit des Kalten Krieges suchten einige wenige Menschen Asyl in der DDR. Da sie aus Ländern des „kapitalistischen Auslandes" flohen, kamen sie gerade aus jenen Teilen Europas und der Welt, in die zu reisen die SED-Führung den DDR-Bürgern verweigerte. Schon 1949, im Gründungsjahr der DDR, fand eine kleine Gruppe von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem damaligen Königreich Griechenland im östlichen Teil Deutschlands ein Unterkommen. Diesen ersten Asylsuchenden folgte im Juni 1950 eine größere Anzahl von griechischen Emigranten – insgesamt 700 Personen –, die nach dem Zusammenbruch des kommunistischen bewaffneten Widerstandes in den SED-Staat einreisten. Bis 1961 fanden nach bisherigen Untersuchungen ca. 1300 griechische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aller Altersgruppen im Auswanderungsland DDR Asyl. Eine zweite, kleinere Gruppe von in der DDR aufgenommenen „Polit. Emigranten" bildeten hauptsächlich aus Frankreich ausgewiesene spanische Bürgerkriegsflüchtlinge, die aufgrund ihrer politischen Haltung nicht in das Spanien der Franco-Diktatur zurückkehren konnten. Gemeinsam war beiden Gruppen, daß es sich bei den Aufgenommenen nicht „nur" um humanitäre Opfer innerer Unruhen und Verfolgte von Willkür und Gewaltherrschaft in ihren Herkunftsländern handelte, sondern um politische, meist kommunistische Gegner der jeweiligen Regime in Griechenland und Spanien, sowie ihre Familienangehörigen. In der DDR sollten sich diese Personen jedoch nicht selbständig politisch betätigen, sondern auf die künftigen Aufgaben in ihrer Heimat vorbereiten.[9]

Diese Form der Unterstützung von „fortschrittlichen Kräften" im „Kampf gegen den Imperialismus" spiegelt sich auch in der Ausbildung bzw. begrenzten Aufnahme von Mitgliedern und Funktionären der FLN während des algerischen Unabhängigkeitskrieges, der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), des südafrikanischen ANC und der namibischen SWAPO. Die Grenzen zwischen indirekter Außenpolitik, Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe waren allerdings fließend.[10] Wiederholt trat die Situation ein, daß sich ausländische Auszubildende bzw. Studierende durch die schlagartige Änderung der heimatlichen politischen Machtverhältnisse plötzlich in

lichen Klimas in der DDR- bzw. ostdeutschen Gesellschaft. Vgl. dazu Ines Schmidt, Ausländer in der DDR – ihre Erfahrungen vor und nach der Wende, in: Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth (Hrsg.), Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln 1992, S. 64–76.

9 S. dazu, wenn auch mit deutlich apologetischem Duktus, im Detail aber mit Sachkenntnis: Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner, Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949–1990. Darstellung und Dokumente, Rostock 1994, hier S. 19 ff.

10 Weiterführend zur Entwicklungshilfepolitik der DDR und bisher am ausführlichsten dazu Hans-Joachim Döring, Es geht um unsere Existenz. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien, Berlin 1999.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

den Status von Asylsuchenden bzw. „Polit. Emigranten" versetzt sahen. Der deutlichste Unterschied zu den sich ausschließlich zum Zweck der Ausbildung in der DDR aufhaltenden Ausländern war somit, daß die „Polit. Emigranten" auf unbestimmte Zeit, also bis zur erhofften politischen Wende in ihrem Heimatland, ihre private Existenz auf einen unbefristeten Aufenthalt in der DDR auszurichten hatten. Bis zum Fall der Berliner Mauer 1989 kam es auch zur Aufnahme verfolgter Einzelpersonen aus den unterschiedlichsten Ländern. Hierbei wie auch sonst galt die Regel, daß vor allem Funktionäre bzw. als zuverlässig geltende Mitglieder der jeweiligen kommunistischen Parteien und sogenannter Bündnisorganisationen aufgenommen wurden. Für diesen Personenkreis war es gegebenenfalls auch möglich, mit der Familie in die Emigration zu gehen. Die eigentlichen Spitzenkräfte zogen jedoch häufig Moskau bzw. die Sowjetunion als Exilstation vor.[11]

Der Aufnahmeweg eines Emigranten verlief in der Regel folgendermaßen: Ankunft in einem Aufnahmelager, dort Aufenthalt bis zur Entscheidung über Einreisegewährung und schließlich Zuweisung eines Wohnortes. Das Ministerium des Inneren (MdI) der DDR war nach der politischen Entscheidung als ausführende Behörde für Einreise, Meldepflicht und Erfassung aller Ausländer in der DDR verantwortlich und regelte den Aufenthalt durch Zuweisung von Wohn- und Arbeitsstelle in Kooperation mit den regionalen und örtlichen Behörden, die ihm auch berichtspflichtig waren. Dem Ende des Aufenthalts im Aufnahmelager folgte häufig ein Deutschkurs am Herder-Institut in Leipzig oder im Rahmen der Erwachsenenqualifizierung in den zugewiesenen Arbeitsstätten. Der FDGB, die DDR-Einheitsgewerkschaft, übernahm die Betreuung der eingereisten Ausländer in sozialen und beruflichen Fragen und war somit die wichtigste Integrationsinstanz am Arbeitsplatz. Eigenständige politische Aktivitäten der Emigranten außerhalb der „von oben" inszenierten Solidaritätskundgebungen und der sonst üblichen Zumutungen der SED an die DDR-Bevölkerung waren nicht erwünscht. Die Bildung von Diasporazentren wurde vom SED-Staat anfänglich verhindert, indem die Flüchtlinge auf alle 15 Verwaltungsbezirke verteilt wurden. Beides konnte über die Jahre des Exils in der DDR aber nicht vollständig unterbunden werden.

Der SED-Staat erwartete dennoch eine möglichst konfliktfreie, ja unauffällige Eingliederung der Emigranten in das Alltagsleben in der DDR. Probleme bei der Anpassung an die Lebensumstände in der DDR oder aus der Trennung von Heimat und Familie resultierende seelische Belastungen bei den Aufgenommen fanden kaum Beachtung. Sie wurden den Betreffenden lediglich als individuelle Charakterschwäche angelastet. Das läßt sich anhand eines frühen MfS-Bericht über eine Schlägerei zwischen afrikanischen Studenten und einheimischen Jugendlichen im Kreis Zwickau aus dem Jahr 1964 zeigen. Einleitend konstatierte der Berichterstatter:

11 Der instrumentelle Gebrauch des Asylrechts in der DDR entsprach deutlich der Aufnahmepraxis der Sowjetunion in den dreißiger Jahren. Vgl. dazu Reiner Tosstroff, Spanische Bürgerkriegsflücht-linge nach 1939, in: Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Exil im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 88–111.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

„Es konnte einwandfrei festgestellt werden, daß bis zum Zeitpunkt des Vorkommnisses ein gutes Verhältnis zwischen den anwesenden DDR-Bürgern und den ausländischen Studenten bestand und keine Anzeichen einer diskriminierenden Behandlung der Gäste wegen ihrer Hautfarbe auftrat."

Unfreiwillig wird hier deutlich gemacht, daß die jungen Ausländer wegen ihres fremden Aussehens wohl auch mit einem anderen Verhalten der Einheimischen hätten rechnen können. Daß dies nicht geschehen war, galt schon als erstes Entlastungszeugnis für diese und rückt sofort den scheinbar klaren Schuldbeweis in das Zentrum der Berichterstattung:

„Anlaß der tätlichen Auseinandersetzungen, die gegen 24.00 Uhr begann [sic!] und mit wechselnder Intensität ca. eine Stunde andauerten, wurde ein Wortwechsel zwischen einigen afrikanischen Studenten und einigen DDR-Bürgern, bei dem es sich, nach den geführten Ermittlungen, um ein ungehöriges Verhalten des Studenten [geschwärzt; P. P.] (Südafrikanische Union) gegenüber einer DDR-Bürgerin handelte."

Es ging in der Wirtshausrauferei also um die Abwehr einer wohl verbindlichen Annäherung eines Fremden an eine einheimische junge Frau. Das galt für die MfS-Beamten wie für die handfesten Verteidiger der weiblichen Ehre als illegitimes Verhalten von Fremden. Erstaunlicher-, aber auch bezeichnenderweise wurde die betroffene Frau in dem Bericht weder als Opfer eines Übergriffs noch als befragte Zeugin weiter angeführt. Der Vorfall selbst war für die Berichterstatter eindeutig genug, zumal zur Bestätigung ihrer Sicht weitere Indizien angeführt werden konnten:

„Nach Einschätzung seines Lehrers [geschwärzt; P. P.] steht [geschwärzt; P. P.] besonders unter dem Eindruck der Rassendiskriminierung in Südafrika und ist als Trinker und Schürzenjäger bekannt.

Auch alle anderen Beteiligten standen zu diesem Zeitpunkt unter starken [sic!] Alkoholeinfluß."

Letzteres fand weiter keine Beachtung. Der als schuldig Ausgemachte konnte zwar – bedingt durch seine traurige Herkunft – als armer, aber übersensibler Kerl angesehen werden, daß er nun aber soff und eben auch noch deutschen Frauen nachstellte, war nicht tolerabel. Deshalb erschien es den geheimen Berichterstattern auch unverständlich, daß der Verursacher des Radaus sogar Unterstützung erhielt.

„Die englisch sprechenden afrikanischen Studenten ergriffen die Partei von [geschwärzt P. P.]. Sie konnten erst, nach erfolglosen Schlichtungsversuchen der übrigen ausländischen Studenten, durch Einsatz der VP in ihre Unterkünfte gebracht werden [...]. Einige DDR-Bürger wurden von ihnen [den afrikanischen Studenten; P. P.] als Faschisten beschimpft."

Obwohl die Fronten in der Auseinandersetzung entlang der jeweiligen Hautfarbe der Beteiligten verliefen, war die Beschimpfung „einiger DDR-Bürger" als „Faschisten" für die berichtenden Tschekisten eine nicht hinzunehmende Beleidigung und disqualifizierte die afrikanischen Studenten endgültig. Eine Untersuchung des Hinter-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

grunds solcher Schmähungen hatte sich auf diese Weise gleich mit erledigt. Auch erschienen andere Informationen zu den Ungehorsamen in diesem Zusammenhang zum richtigen Verständnis der Lage bedeutsamer:

> „Nach Angaben des Wirtschaftsleiters der Jugendschule [an der die afrikanischen Studenten ihre Ausbildung erhielten; P. P.] war die Gruppe der englisch sprechenden Afrikaner schon vorher durch mangelhafte Disziplin und Bemängelung der Verpflegung und Unterkunft unliebsam in Erscheinung getreten. Der Delegationsleiter hatte, in Kenntnis früherer Schwierigkeiten mit der Gruppe, die Anweisung, negativ auftretende Delegationsmitglieder sofort nach B. zurückzuschicken."[12]

Der handgreifliche Streit wurde also nicht etwa durch eine klärende Aussprache oder einen andersgearteten Ausgleich beigelegt, sondern durch die Absonderung der fremden Störenfriede bereinigt. Daß der beschriebene Vorfall mit in Deutschland traditionell weit verbreiteten Vorurteilen gegenüber Afrikanern („Schürzenjäger") im Zusammenhang stand,[13] spielte keine Rolle in der Beurteilung des Falls. Offensichtlich waren die DDR-Behörden nicht darauf eingestellt oder unwillig zu erkennen, daß das Zusammentreffen und Zusammenleben von Einheimischen und Fremden auf verschiedene Weise zu Konflikten führen konnte. Diese Haltung schuf zusätzlichen Raum für das Ausagieren von Vorurteilsstrukturen.

Verfassung, Flüchtling und Vorschriften

Sicherlich sind Geschehnisse wie die oben beschriebenen zu anderen Zeiten, unter anderen politischen Umständen oder in anderen Ländern vorstellbar. Gerade das aber macht sie für die staatssozialistische DDR zu einer bemerkenswerten Besonderheit. Denn dem proklamierten Selbstverständnis der SED-Führung zufolge hatte sich die DDR von der Entstehung solcher Diskriminierungen grundsätzlich abgekoppelt. So formulierte Walter Ulbricht 1968 zur Begründung der neuen sozialistischen DDR-Verfassung:

> „Mit unserer neuen Verfassung, die Ihnen heute im Entwurf vorliegt, geben wir auch die Antwort auf die Frage, was die fortschrittlichen Freiheitsideale der deutschen Nation sind und wo sie verwirklicht werden [...]. Der Entwurf unserer neuen Verfassung verankert die neuen wahrhaft menschlichen Lebensinhalte unserer sozialistischen Gesellschaft [...] und gibt die Freiheit zu schöpferischen, geistigen und kulturellen Leistungen; Freiheit – das heißt in einer sozialistischen Menschengemein-

12 Bericht über tätliche Auseinandersetzungen mit ausländischen Bürgern in der Nacht vom 7. zum 8. 5. 1964, BStU, MfS-ZAIG, Nr. 896, Bl. 1 ff.

13 Vgl. dazu May Opitz, Rassismus, Sexismus und vorkoloniales Afrikabild in Deutschland, in: Katharina Oguntoye/May Opitz/Dagmar Schultz, Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Frankfurt a. M. 1992, S. 17–84.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

schaft als Freund unter Freunden und in brüderlicher Verbundenheit der guten Sache des menschlichen Fortschritts zu dienen und das große Beispiel der Freiheit des Menschen von den Wolfsgesetzen des Kapitalismus zu schaffen, unter denen der eine dem anderen Feind gemacht wird, um den Profit einer monopolkapitalistischen Minderheit zu vergrößern; Freiheit – das heißt Freundschaft mit der Sowjetunion und Freisein von imperialistischer Bevormundung, Verbrüderung und Solidarität mit allem Guten und Fortschrittlichen in der Welt und entschlossener Kampf gegen Völker- und Kriegshetze, gegen Rassenhaß, koloniale Ausbeutung und imperialistischen Eroberungskrieg."[14]

Der hier von der SED für sich selbst reklamierte Anspruch auf „gesellschaftlichen Fortschritt" durch den „Kampf gegen den Imperialismus", d. h. gegen den kapitalistischen Westen, war nicht nur reine ideologische Etikette. Vielmehr war dies eines der Prinzipien, von denen aus die SED ihre Herrschaft in der DDR rechtfertigte.[15] Diese fundamentale Bedeutung verstärkte den Unwillen des SED-Regimes, sich im Grundsatz wie im Einzelfall mit den Schwierigkeiten im Zusammenleben von Einheimischen und Fremden auseinanderzusetzen. Entscheidend für den Umgang mit Fremden im Staatssozialismus war aber die mit der Totalität des marxistisch-leninistischen Herrschaftsanspruchs verbundene Homogenitätsvorstellung der kommunistischen Staatspartei, die sich aber keineswegs nur den professionellen Exegeten der SED-Ideologie erschloß. Jüngere Forschungen zur Herrschaftsgeschichte der Sowjetunion berechtigen eher zu der Annahme, daß das Bild des „Klassenfeindes" auch mit ethnozentrischen bzw. rassistischen Inhalten aufgeladen werden konnte.[16] So war nicht das Postulat des Menschheitsfortschritts, sondern die dahinterliegende dichotomische Struktur des Klassenkampfes für den Umgang mit Fremden im „Arbeiter-und-Bauern-Staat" grundlegend. Es war demnach unter Berufung auf den „proletarischen Internationalismus" durchaus möglich, im Alltag fremdenfeindliche Vorurteile bzw. nationalistische Stereotypen bedenkenlos zu benutzen.[17]

14 Zitiert nach Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1988, S. 564.

15 Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Revolution und Stabilität in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992.

16 Dies belegen z. B. Unterdrückung und Deportation von Tschetschenen und Krimtataren während und nach dem Zweiten Weltkrieg; vgl. Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 628–631.

17 Diesen wesentlichen Zusammenhang solcher Semantiken und der darin enthaltenen Konstruktion einer Dichotomie von Eigenem und Fremdem hat bereits die bildungsgeschichtliche Studie über Schulkonzepte in der DDR von Griese/Marburger herausgearbeitet. Danach wurde der Begriff des „Fremden" durch die Idee des „proletarischen Internationalismus" ideologisch überformt. In diesem Rahmen konnte der Fremde im offiziellen Diskurs als Klassengegner oder Klassenzugehöriger gedeutet werden. Vgl. Christiane Griese/Helga Marburger, Zwischen Internationalismus und Patriotismus. Konzepte des Umgangs mit Fremden und Fremdheit in den Schulen der DDR, Frankfurt a. M. 1995, bes. S. 115.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

Davon waren gerade auch die aus der DDR-Verfassung abgeleiteten rechtlichen Regelungen für die Aufnahme von Asylsuchenden, die den Status der „Polit. Emigranten" in der DDR begründeten, zentral berührt. Nach der ersten DDR-Verfassung von 1949 war noch denjenigen Ausländern Asyl zu gewähren, „die wegen ihres Kampfes für die in dieser Verfassung niedergelegten Grundsätze im Ausland verfolgt werden".[18] Trotz dieser durchaus weiten Formulierung im eigenen Verfassungstext trat die DDR 1951 nicht der Genfer Flüchtlingskonvention bei. Mit diesem internationalen Vertrag hatten die Vereinten Nationen auf die katastrophale Situation von mehr als 20 Millionen Flüchtlingen im Nachkriegseuropa reagiert.[19] Neben dem für die DDR wesentlichen und zu diesem Zeitpunkt noch ungelösten Problem der Anerkennung der staatlichen Souveränität durch die UNO beinhaltete die Flüchtlingskonvention Grundsätze, die für den SED-Staat kaum akzeptabel waren:

> „Artikel 1, Abs. 2 – Definition des Begriffs ‚Flüchtlinge'
> [Jede Person, die] aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz des Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtung nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose [...] außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen erwähnter Befürchtung nicht dorthin zurückkehren will. [...]
> Artikel 33, Abs. 1. – Verbot der Ausweisung
> Keine der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde."[20]

Die Anerkennung dieser Grundsätze wäre für den SED-Staat vor allem deshalb in der Praxis problematisch gewesen, weil damit ja auch seinen eigenen Staatsbürgern ein Anspruch auf Flucht indirekt eingeräumt worden wäre und mit dem Ausweisungsverbot die eigenstaatliche Kontrolle über den Zutritt zum Staatsgebiet der DDR zu-

18 Verfassung der DDR, Art. 10, Abs. 2, Ost-Berlin 1949, S. 5.

19 Vgl. Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000, S. 299.

20 Diese Konvention wurde 1951 von der Konferenz der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Staatenlosen verabschiedet, die vom 2. bis 25. Juli 1951 in Genf stattfand. Sie wurde am 28. Juli 1951 zur Unterzeichnung vorgelegt und trat am 22. April 1954 in Kraft. Das Abkommen legt die Pflichten und Rechte von Flüchtlingen und die Verpflichtungen der Staaten gegenüber Flüchtlingen fest. Bis zum 31. Dezember 1999 hatten 131 Staaten sowohl das Abkommen von 1951 als auch das ergänzende Protokoll von 1967 unterschrieben. Vgl. Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. 50 Jahre Humanitärer Einsatz, hrsg. vom Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, Bonn 2000, S. 25.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

mindest theoretisch eingeschränkt worden wäre. Unabhängig von der ungeklärten Frage nach Sanktionen beim Verstoß gegen die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention war der 1968 mit der sozialistischen DDR-Verfassung in Kraft gesetzte Asylparagraph 23 gegenüber diesen internationalen Vereinbarungen eine deutlich einschränkende Bestimmung.

„Verfassung der DDR, Artikel 23, Abs. 3.
Die Deutsche Demokratische Republik kann Bürgern anderer Staaten oder Staatenlosen Asyl gewähren, wenn sie wegen politischer, wissenschaftlicher oder kultureller Tätigkeit zur Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Interessen des werktätigen Volkes oder wegen ihrer Teilnahme am sozialen und nationalen Befreiungskampf verfolgt wurden."[21]

Mit dieser Neuformulierung des DDR-Asylrechts wandelte sich dieses schließlich in eine reine Kann-Bestimmung.[22] Abgesehen davon existierte schon zuvor keine Rechtswegegarantie für die Asylsuchenden in der DDR. Letztlich demonstrierte der Zusatz „Polit." zur Bezeichnung „Emigrant" dann auch den eingeschränkten, rein instrumentellen Aufnahmewillen der Staatspartei. Tatsächlich entschied das SED-Politbüro auf Empfehlung der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen als zentrale, aber nichtstaatliche Instanz von Fall zu Fall über die Gewährung von Asyl bzw. den dauerhaften Aufenthalt von Ausländern in der DDR. Die Entwicklung der amtlichen Regelungen dazu entspricht einem stoßartigen Prozeß von Erlaß und Ergänzung. 1977 schließlich gab dann der Minister des Innern der DDR eine vereinheitlichende Dienstvorschrift zum Umgang mit Ausländern heraus, die bezüglich der Anforderungen an Klarheit nichts zu wünschen übrig ließ:

„Abs. 3.2.2.
Die ständige Wohnsitznahme kann Personen versagt werden, die
erkennen lassen, daß sie gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR eingestellt sind oder bei denen zu erwarten ist, daß sie [sich] nicht in das gesellschaftliche Leben der DDR einfügen werden; [...]
geistiggestört, unheilbar krank oder so sehr krank sind, daß der Heilungsprozeß eines längeren Zeitraums bedarf oder das begründet zu vermuten ist oder die rauschgiftsüchtig sind; [...]
in ungeklärten Familienverhältnissen leben;
auf Grund ihres Alters oder aus anderen Gründen arbeitsunfähig bzw. pflegebedürftig sind [...];
offensichtlich als asoziale Elemente anzusehen sind und bei denen eine Eingliederung in die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR nicht zu erwarten ist; [...]

21 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1976, S. 25.
22 Siegfried Mampel, Die Sozialistische Verfassung der DDR. Text und Kommentar, Frankfurt a. M. 1972, S. 493 f. Die dritte Auflage erschien mit Ergänzungen über die Rechtsentwicklung bis zur Wende im Herbst 1989 und das Ende der sozialistischen Verfassung 1997 in Goldbach.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

keine Arbeitspapiere besitzen oder in der Vergangenheit schuldhaft keiner geregelten Arbeit nachgingen und angenommen werden muß, daß sie auch in der DDR ihre Einstellung zur Arbeit nicht ändern werden oder
bei denen eine ständige Wohnsitznahme im staatlichen oder gesellschaftlichen Interesse nicht geboten erscheint.
Abs. 3.2.2.1.
Die ständige Wohnsitznahme ist ferner zu versagen, wenn;
außenpolitische Erwägungen dies geboten erscheinen lassen [geschwärzt; P. P.]."[23]

Auch wenn man an dieser Stelle in Rechnung stellt, daß die Bestimmungen erlassen wurden, um einen Mißbrauch des Asylrechtes der DDR-Verfassung zu verhindern, so bleibt beim Lesen der Absätze doch die klirrende Kälte der DDR-Leitkultur spürbar. Die hier *ex negativo* vorgestellten Anforderungen an einen jungen, gesunden, moralisch einwandfreien und vor allem arbeitsamen Asylsuchenden hätten wohl weder Lenin im Schweizer Exil noch die Mehrzahl der kommunistischen Emigranten während des durch die NS-Diktatur erzwungenen Exils in aller Welt erfüllen können, ganz abgesehen davon, daß diese Bestimmungen den Anspruch auf politische Arbeit vollständig aussparten. Das fehlende Rechtsstaatsprinzip und die Allgewalt der SED in der DDR eröffnete hier eine Option, mit der sich die Staatspartei im Zweifel auch in der Praxis über Gesetze willkürlich hinwegsetzen konnte. So erhielten auch Menschen von der DDR Hilfe, die nicht dem Idealbild eines kommunistischen Spartakus entsprachen.[24] Was alles von der DDR-Führung aus außenpolitischen Erwägungen heraus unterlassen wurde, kann hier nicht weiter belegt werden und wäre auch ein anderes, wahrscheinlich unerfreulicheres Thema. Jedoch wäre es genauso falsch zu behaupten, daß es sich bei diesem Erlaß des DDR-Innenministers um reine Makulatur handelte. Wie das nachfolgende Beispiel belegt, wurden solche Anweisungen in der DDR-Bürokratie als handlungsleitend angesehen.

„Information über den staatlichen Betreuer der chilenischen politischen Emigration in Jena (Rat der Stadt, Abt. Inneres) Genossen [geschwärzt; P. P.], J., vom 18. 7. 1978:
Eine Vielzahl der chilenischen politischen Emigranten in Jena ist mit der Betreuungstätigkeit des Genossen [geschwärzt; P. P.], den sie auch als Repräsentanten und verantwortlichen Genossen unserer Partei [d. SED; P. P.] betrachten, unzufrieden. Genosse [geschwärzt; P. P.] tritt grundsätzlich selbstherrlich und diktatorisch auf. [geschwärzt; P. P.] gegenüber den Emigranten [brachte er; P. P.] zum Ausdruck, wer nicht arbeitet, wird innerhalb von 14 Tagen zur Grenze gebracht und muß die DDR verlassen [geschwärzt; P. P.]

23 Dienstvorschrift Nr. 041/77 des Ministers des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei über den Aufenthalt von Personen, die nicht Staatsbürger der DDR sind, in der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. 12. 1976, BStU, MfS-BdL, Nr. 9246, Bl. 1–61, hier Bl. 13 f.

24 Z. B. 1975 bei der medizinischen Betreuung von palästinensischen Flüchtlingskindern in der DDR: Erholung für Flüchtlingskinder, in: Neues Deutschland v. 19. 8. 1975.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

Diese Äußerungen und das Verhalten des Genossen [geschwärzt; P. P.] löste unter den Emigranten Unruhe und Unsicherheit aus. Die nervliche Belastung zahlreicher Emigranten wächst weiter an."[25]

In diesem Fall blieb der geheime Bericht des MfS über die Entwicklung in der Stadt Jena nicht ohne Folgen. Der von höherer Stelle zur Rede gestellte Staatsdiener der kommunalen Innenverwaltung sah sich aber zu Unrecht angegriffen. Er verwies geradewegs auf die ihm vorliegenden Anweisungen, die solches Vorgehen von ihm strikt verlangten. Offensichtlich stieß hier eine wortgetreue Auslegung restriktiver Vorschriften auf Flüchtlinge, die nicht dem Idealbild des Asylsuchenden entsprachen, aber aus humanitären oder politischen Gründen in die DDR einreisen durften. Wirklich auflösen ließ sich dieser Konflikt unter den gegebenen Umständen nicht. Der umstrittene Staatsfunktionär verlor seinen Posten, als einige Selbstmordfälle unter chilenischen „Polit. Emigranten" in seinem Verantwortungsbereich das MfS erneut alarmierten.[26] Die betreffende Ministeranordnung blieb aber in Kraft.

Teure Genossen oder die Grenzen der Solidarität

Die individuelle Rechtlosigkeit von asylsuchenden Ausländern in der DDR und ihre Abhängigkeit von den außenpolitischen Interessen der SED-Führung kontrastierte scharf mit der Bedeutung, die diesen Menschen in der Propaganda der SED zukam. In der Zeit des Kalten Krieges bemühte sich die international ansonsten weitgehend isolierte DDR-Führung, durch die Aufnahme politisch Verfolgter zumindest bei antiwestlich orientierten Staaten Profil zu gewinnen und Anerkennung zu finden.[27] Nach innen hoffte die Staatspartei daraus bei der einheimischen Bevölkerung an Legitimität zu gewinnen. Propagandistischer Höhepunkt dieser doppelten Demonstration waren die „X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten" in Ost-Berlin im Sommer 1973. Hier versuchte die SED-Führung, ihren Staat als weltoffen und tolerant zu präsentieren. Für viele DDR-Bürger war dies ebenfalls eine neue Erfahrung. Ähnliches boten die alljährlichen „Festivals des politischen Liedes" mit ihrem „internationalistischen" Programm. Hier traten linke Liedermacher und Gruppen aus dem Westen oder aus

25 MfS, Bezirksverwaltung Gera, Information Nr. 46/78 über den staatlichen Betreuer der chilenischen politischen Emigration in Jena (Rat der Stadt, Abt. Inneres) Genossen [geschwärzt P. P.], [geschwärzt P. P.], vom 18. 7. 1978, BStU, Archiv der Außenstelle Gera, BV Gera, Abt. II, Nr. 5880, Bl. 102–105.

26 Chilenische politische Emigration – Information zu dem Suicid [sic!] des Zwickauer Politemigranten Dr. [geschwärzt; P. P.], 16. 11. 1978, BStU, Archiv der Außenstelle Gera, BV Gera, Abt. II, Nr. 5880, Bl. 73 f.

27 Bernhard von Plate, Die Außenpolitik und internationale Einordnung der DDR, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz, Bonn 1989, S. 589–604, hier S. 601 f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

„jungen Nationalstaaten" auf. Diese wenigen internationalen Veranstaltungen unterlagen jedoch stets strengster politischer Kontrolle.[28]

Die insgesamt zwiespältige Haltung der DDR-Führung wie der DDR-Bevölkerung gegenüber diesen repräsentativen Ausländern kann besonders gut am Beispiel der ab Herbst 1973 in die DDR einreisenden chilenischen „Polit. Emigranten" gezeigt werden. Sie flohen nach dem blutigen Militärputsch gegen die gewählte Linksregierung von Präsident Salvador Allende nach Europa[29] und suchten bis Mitte der siebziger Jahre in der DDR Asyl. Mit max. 2000 Personen waren sie auch die letzte größere Gruppe von in die DDR einreisenden Asylsuchenden. Der DDR-Bevölkerung wurden die chilenischen Polit. Emigranten als Freiheitskämpfer und Objekte ihrer „Solidarität" präsentiert, die eine neue Lebensperspektive in der DDR gefunden hatten:

> „Die Estays – das Ehepaar Osvaldo und Carmen mit den Söhnen Osvaldo und Juan – leben in unserer Republik wie viele chilenische Patrioten, die vor der faschistischen Militärjunta auch mit unserer Hilfe gerettet werden konnten.
>
> Osvaldo Estay, der Drucker aus Santiago, ist seit September 1974 bei uns. Seine Familie kam im Januar 1975. 22 Jahre lang arbeitete Osvaldo in der Druckerei der Kommunistischen Partei Chiles in Santiago. Bis zum 12. September 1973. An jenem Tag wurde er verhaftet und geriet in die Hände der faschistischen Schergen. Sieben Monate Gefängnis mußte Osvaldo ertragen. Seine Frau Carmen lebte in dieser Zeit allein mit den Kindern. Die Großeltern, mit denen sie zusammen gewohnt hatten, mußten Santiago verlassen, denn der Großvater war Funktionär der Kommunistischen Partei.
>
> In unserer Republik begann ein neuer Alltag für Osvaldo Estay und seine Familie. Ihre erste Station bei uns war ein FDGB-Heim in der Nähe von Berlin. Jetzt haben sie ein eigenes Zuhause – eine Neubauwohnung in Dresden. Sie bekamen einen Kredit und konnten ihre Wohnung einrichten. Und sie bekamen Arbeit. Carmen ist Krippenerzieherin in Dresden, Osvaldo Drucker im Betriebsteil Heidenau der Druckerei Völkerfreundschaft Dresden. Er qualifiziert sich zur Zeit zum Offsetdrucker. Im September wird er eine zweijährige Ausbildung zum Lehrmeister beginnen. Einfach ist das nicht für ihn. Er muß vieles lernen, wozu er in Chile keine Gelegenheit hatte. Aber Osvaldo hat einen eisernen Willen. Er wird es schaffen. Täglich spüren die Estays die Hilfe und Unterstützung ihrer Kollegen aus der DDR. Und sie lieben ihre Arbeit. Als ich bei Familie Estays zu Besuch war, klingelte es, und eine Kollegin kam mit einer Prämie für Carmen. Etwas verlegen nahm sie das Geld in Empfang. Die Söhne gehen noch zur Schule. Der 17jährige Osvaldo möchte später studieren.

28 Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1998, S. 164 ff. bzw. 240 f.

29 Zum Vergleich die Aufnahme von chilenischen Flüchtlingen in die alte Bundesrepublik bei Irmtrud Wojak/Pedro Holz, Chilenische Exilanten in der Bundesrepublik Deutschland (1973–1989), in: Krohn (Hrsg.), Exil im 20. Jahrhundert, S. 168–190.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

Nicht nur seine schulischen Aufgaben an der EOS ‚Romain Rolland' nimmt er sehr ernst, sondern auch seine Tätigkeit als Pionierleiter aller chilenischen Pioniere in Dresden. In diesen Tagen ist er mit seinen Pionieren in Papstdorf.

Juan, der 15jährige, der zur Oberschule geht, ist wie sein Bruder Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Chiles.

Osvaldo, Carmen und die Jungen fühlen sich wohl bei uns. Sie haben sich eingelebt, obwohl es für sie nicht leicht ist, so fern der Heimat zu sein [...]

Osvaldo Estay sagt mir zum Abschied, was die Estays, was viele Chilenen, die zur Zeit bei uns leben, empfinden: ‚Besonders beeindruckt bin ich von der großen Solidaritätsbewegung in der DDR, die wir immer wieder spüren. Die Menschen hier verstehen genau, was Solidarität ist. Das ist ein großes Glück und eine große Hilfe für uns.'"[30]

Diese Vorzeigefamilie aus dem Bilderbuch des proletarischen Internationalismus hatte einfach nichts an sich, was den Innenminister der DDR dazu hätte bewegen können, ihr die Einreise in die DDR zu verweigern. Es ist von vorbildlicher Berufsausbildung bzw. Berufsausübung der Eltern die Rede. Die Kinder waren klug und fleißig in der Schule und politisch pflichtbewußt, wie die ganze kommunistische Familiendynastie. Der ganze Bericht wirkt wie eine ersehnte Einlösung des Selbstbildes der DDR-Elite. Dergleichen Darstellungen dienten jedoch nicht in erster Linie der Rechtfertigung der Aufnahme von Ausländern in der DDR. Vielmehr richteten sie sich gerade an die Teile der DDR-Bevölkerung, die dem SED-Staat skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden. Die Ankunft der chilenischen Emigranten sollte als erneuter Beweis für die humanistische Mission des SED-Staates gelten. Auch konnte auf diesem kurzen Weg demonstriert werden, daß in der DDR ein Zuhause zu finden war. Gerade dies war zu einer Zeit, in der die SED-Führung kritische und protestierende Künstler einschüchterte oder sogar aus dem Land trieb, von um so größerer Bedeutung.[31] Entsprechend dienten öffentliche Auftritte von Parteiprominenz und chilenischen Emigranten auf Protestveranstaltungen gegen die Militärdiktatur in Chile nicht nur der Aufwertung der DDR im kapitalistischen, also westlichen Ausland, sondern besonders der Demonstration einer grundsätzlichen Übereinstimmung zwischen Parteiführung und Bevölkerung nach innen.[32]

Vielerorts herrschte angesichts der Propagandaformeln, mit denen die Anwesenheit der „Polit. Emigranten" begründet wurde, eher Skepsis und Distanz gegenüber den Gründen für deren Aufenthalt in der DDR: „Ins Land gekommen sind Ausländer grundsätzlich nur auf Einladung von Organisationen, Parteien, der Gewerkschaft oder

30 Gabi Klotzsche, Die Estays fanden bei uns ein neues Zuhause. Chilenische Patrioten leben und arbeiten in Dresden, in: Junge Welt v. 25. 7. 1978.

31 Vgl. Manfred Krug, Abgehauen. Ein Mitschnitt und ein Tagebuch, Düsseldorf 1996.

32 Vgl. Machtvoller Ruf der Jugend: Freiheit für Luis Corvalan!, in: Neues Deutschland v. 15. 9. 1976.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

staatlichen Institutionen. Klar war, wer einlädt, wer das bezahlt, der Zweck des Aufenthalts und wann derjenige wieder geht", beschreibt die DDR-Pfarrerin Dagmar Henke rückblickend dieses Empfinden.[33] Gegenüber dem inszenierten Bild von Völkerfreundschaft und Solidarität erschienen die „Polit. Emigranten" in den Augen der ab 1961 „eingemauerten" DDR-Bevölkerung durch ihren politischen Status, die erhaltenen materiellen Zuwendungen und die häufig aufrechterhaltene ausländische Staatsangehörigkeit als privilegierte Sendboten der Staatspartei, wobei sich Distanz zum Regime und Sympathie für die Fremden – und umgekehrt – im Einzelfall mischen konnten. Diese gesellschaftliche Realität hatte Konsequenzen für die Wahrnehmung der Ausländer in der DDR. Entsprechende Bevölkerungsreaktionen wußte das MfS schon 1974 zu berichten:

> „Es wurde bekannt, daß im VEB Metallschlauchwerk Zwickau, vor allem in den Abteilungen X und Y [geändert; P. P.], durch parteilose Arbeiter Diskussionen im Zusammenhang mit der Unterbringung der chilenischen Emigranten in den Neubauwohnungen in Zwickau-Planitz geführt werden. Häufig werden dabei solche Argumente gebraucht, wie:
> – Warum ausgerechnet die DDR, die sich laufend engagiert, wer gibt denn uns etwas;
> – wie lange soll die Spendenaktion überhaupt noch gehen.
> Verstärkt werden derartige Diskussionen im Zusammenhang mit der Zahlung der Jahresprämien in diesen Abteilungen geführt. Dabei sollen sich eine Reihe von Personen nur mit einem geringen Beitrag an der Spendenaktion beteiligt haben, die während der Zeit der Zahlung der Jahresendprämie erfolgte.
> Darüber hinaus wurde bekannt, daß unter den Studenten an der Ingenieurschule für Textil-Technik Reichenbach Diskussionen darüber geführt werden, daß in Zwickau bereits ausgehändigte Wohnungsschlüssel für Neubauwohnungen angeblich zurückgegeben werden mußten, um diese Wohnungen chilenischen Emigranten zur Verfügung zu stellen."[34]

Die hier auszumachende Distanz zur Solidaritätspolitik der SED ist nicht allein auf den sicher auch vorhandenen Neidkomplex der Arbeiter zurückzuführen. Im Zusammenhang mit der Propagandaoffensive der SED waren den chilenischen Emigranten die bisher umfangreichsten staatlichen Unterstützungsleistungen gewährt worden. Sie bekamen die in der DDR der frühen siebziger Jahre so begehrten und knappen Neubauwohnungen, zinslose Kredite in der Höhe von 13 000.– bis 18 000.– DDR-Mark und je nach Familiengröße 2500.– bis 5000.– DDR-Mark Überbrückungs-

33 Dagmar Henke, Fremde Nähe – nahe Fremde: Ein Beitrag zur Ausländerarbeit der Kirchen in der ehemaligen DDR, in: Berliner Theologische Zeitschrift 9 (1992), S. 119–132, hier S. 121.

34 MfS-Information vom 1. 4. 1974 über Diskussionen im Zusammenhang mit der Unterbringung chilenischer Emigranten in der Stadt Zwickau, BStU-Außenstelle Chemnitz, BV Karl-Marx-Stadt CAKG, Nr. 53, Bl. 422 f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

geld. Wie die Sozialstatistik der DDR zeigt (Tab. 1 und 2), stellte die Höhe der staatlichen Zuwendungen in den siebziger Jahren mehr als nur ein Almosen dar.

Tab. 1: Wohnungsbestand nach Ausstattungsmerkmalen in Prozent

1961	1971	1981	1989	
Bad bzw. Dusche	22	39	68	82
Innentoiletten	33	36	60	76
Warmwasser	–	26	64	82
Telefon	–	8	12	16

Quelle: Untersuchungsberichte des Instituts für Städtebau und Architektur, Bauakademie der DDR, Berlin, zit. nach Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, Berlin 1990, S. 158.

Tab. 2: Geldeinkommen der DDR-Bevölkerung

Monatliches Durchschnittseinkommen vollbeschäftigter Arbeiter und Angestellter in DDR-Mark

1950	311
1960	555
1970	755
1980	1021
1985	1130
1988	1269

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989, zit. nach Matthias Judt (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Bonn 1998, S. 191.

Schließlich war die DDR kein Wohlstandsparadies, auch wenn es seinen Bewohnern nicht am Nötigsten fehlte. Der Mangel war allgegenwärtig, denn die Nachfrage in der DDR wuchs ständig schneller als das Angebot. So war jede Sonderzuteilung auch immer der Ausgangspunkt für einen Mangel und damit potentiell auch für Neid an anderer Stelle.[35] Vor diesem Hintergrund war es in der DDR der siebziger Jahre nicht alltäglich, sondern ein Privileg, eine Neubauwohnung schnell vom Staat zugewiesen zu bekommen. Daß Kritik daran Gegenstand von Gerüchten und Inhalt von Geheimdienstberichten war, verdeutlicht den geschlossenen Charakter der Gesellschaft

35 Patrice G. Poutrus, Lebensmittelversorgung, Versorgungskrise und die Entscheidung für den „Goldbroiler". Problemlagen und Problemlösungen der Agrar- und Konsumpolitik in der DDR 1958–1965, in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 391–421; S. a. Dokumentationszentrum Alltagskultur (Hrsg.), Alltagskultur der DDR. Begleitbuch zur Ausstellung „Tempolinsen und P2", Eisenhüttenstadt 1996.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.1524/zfdk.1.900

in der DDR.[36] Gerüchte über weitergehende Privilegien, wie z. B. den Bezug von Devisen, konnten in den Augen von Teilen der DDR-Bevölkerung durchaus als plausibel erscheinen.[37] Hinzu kam, daß diese Ausländer ihre Pässe aus dem Herkunftsland behielten und so ein reger Reiseverkehr über Westberlin nach Westeuropa zu anderen chilenischen Emigranten einsetzte, ein weiteres Privileg, das für DDR-Bürger unerreichbar blieb.

Die so entstehende Distanz zu den Fremden fand aber auch ihre Entsprechung in der Perspektive des SED-Staates und seiner Sicherheitsorgane. Gerade das Maß an relativer Unabhängigkeit wie auch ihre politische Aktivität in eigenen Organisationen machte die chilenischen „Polit. Emigranten" auch zu einem potentiellen Sicherheitsrisiko für die DDR-Behörden. Noch problematischer als der Reiseverkehr nach Westen erschien der SED und dem MfS jedoch, daß aus Chile nicht nur Kommunisten in die DDR einreisten, sondern Vertreter der gesamten Unidad Popular (Volksfront), von Sozialisten bis hin zu Mitgliedern der Radikalen Partei.[38] Diese Gruppierungen waren mit ideologisch begründeter Parteidisziplin nicht in die im SED-Staat herrschenden Verhältnisse einzubinden und gingen politisch deutlich eigene Wege. Dies war in den politischen Vorstellungen der SED wie den abgeleiteten Dienstvorschriften des MfS nicht vorgesehen und bedeutete den sicherheitspolitischen Super-GAU in der Mißtrauensgesellschaft DDR. Vor dem Hintergrund dieser Betrachtungsweise verblichen alle Postulate der „internationalen Solidarität":

> „Wie dem MfS zuverlässig bekannt wurde, verbreitete eine angebliche Vertretung der Bewegung der revolutionären Linken (MIR) in der DDR, Berlin, – es handelt sich dabei um eine chilenische linksextremistische Organisation – unter chilenischen politischen Emigranten in der DDR ein Flugblatt, in dem für den 7. 5. 1977 zur Teilnahme an einem ‚Solidaritätsarbeits-Einsatz' in Berlin aufgerufen wurde.
> Alle chilenischen politischen Emigranten in Berlin und den Bezirken der DDR, die dazu bereit seien, wurden aufgefordert, sich am 7. 5. 1977, um 6.30 Uhr an der Weltzeituhr auf dem Alexanderplatz zu treffen, um anschließend den mit der FDJ-Grundorganisation des VEB IHB Berlin vereinbarten Arbeiteinsatz an einigen Objekten in Berlin durchzuführen.
> Für den Nachmittag des 7. 5. 1977 war eine gemeinsame politisch-kulturelle Veranstaltung von Vertretern des VEB IHB (Direktor des Betriebes Spezialarbeit und Ver-

36 Zum Thema Gerüchte s. Jean-Noël Kampfer, Gerüchte. Das älteste Massenmedium der Welt. Aus dem Französischen von Ulrich Kunzmann, Leipzig 1996; zum Thema MfS s. Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart/München 2001.

37 Solche Gerüchte betrafen Ausländer in der DDR insgesamt, vgl. Michael Feige, Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS, hrsg. v. Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1999, S. 85 f.

38 Schutz, Sicherung und abwehrmäßige Behandlung der chilenischen politischen Emigration in der DDR, 1. 3. 1977, Ministerium für Staatssicherheit, der Minister, BStU, MfS-HA II/6, Nr. 2159, Bl. 1–4.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

treter der FDJ-Grundorganisation) sowie des MIR geplant. U. a. war vorgesehen, daß ein Vertreter des MIR sprechen sollte.
[...] Als Organisator des Arbeitseinsatzes und der politisch-kulturellen Veranstaltung traten der chilenische Emigrant [geschwärzt; P. P.] (Vertreter des MIR bei der UP) und Vertreter der Kubanischen Luftfahrtgesellschaft Air Cubana, der Chilene [geschwärzt; P. P.], in Erscheinung.
In Vorbereitung des Arbeitseinsatzes wurden folgende weitere Aktionen von Vertretern des MIR bekannt:
– An der Universität Jena warb die Ehefrau des [geschwärzt; P. P.] unter vietnamesischen und kubanischen Studenten für die Teilnahme an diesem Einsatz.
– An der Universität Leipzig wurden sowjetische Studenten zu diesem Einsatz eingeladen.
– Mitarbeiter kubanischer diplomatischer Einrichtungen in der DDR wurden ebenfalls eingeladen.
Die meisten Chilenen und andere Ausländer, die zur Teilnahme an dem Arbeitseinsatz und an der politisch-kulturellen Veranstaltung bereit waren, sowie die Leitung der FDJ-Grundorganisation des VEB IHB Berlin glaubten, es handele sich um eine Solidaritätsaktion zum Nutzen der gesamten chilenischen Emigration. Sie verstanden nicht, daß es hierbei um Aktionen ging, die den Zielen der MIR dienen sollte.
Durch eingeleitete politische und politisch-operative Maßnahmen wurden die vorgesehenen Veranstaltungen unterbunden.
Da es in der DDR keine zugelassene Organisation des MIR gibt, der Chilene [geschwärzt; P. P.] nicht als Vertreter des MIR anerkannt wird, Solidaritätsaktionen von chilenischer Seite zwischen dem Büro Chile Antifaschista und dem Solidaritätskomitee der DDR abgestimmt und vom ZK der SED bestätigt werden müssen, waren die Veranstaltungen als illegal betrachtet [sic!]. Der Sekretär der FDJ-Grundorganisation des VEB IHB Berlin wurde entsprechend informiert.
Außerdem konnte kein Interesse daran bestehen, die linksextremistische Organisation MIR, die während der Zeit der UP-Regierung in Chile mit terroristischen Aktionen in Erscheinung getreten war, propagandistisch herauszustellen. Es hätte mit einer Teilnahme von 150 bis 200 Ausländern gerechnet werden müssen.
In der DDR befinden sich eine geringe Anzahl von Mitgliedern des MIR (etwa acht), die feste Verbindungen zu vorwiegend jugendlichen Vertretern der chilenischen politischen Emigration in der DDR – meist zu Mitgliedern der Sozialistischen Partei – unterhalten sowie enge Verbindungen zur Organisation des MIR in Westberlin und in der BRD, u. a. über gegenseitige Besuche, haben.
Die vorgesehenen Reisen von Teilnehmern aus den Bezirken der DDR nach Berlin wurden verhindert. Den Genossen der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED gelang es, die noch etwa 50 chilenischen Emigranten aus Berlin, die sich am 7. 5. 1977 an der Weltzeituhr auf dem Alexanderplatz trafen, durch politische Aufklärung zu überzeugen, daß die Veranstaltungen in dieser Form nicht statt-

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

finden können. Die Auflösung ohne Komplikationen und ohne Widerspruch seitens dieser Kreise [sic!]. Unter diesen Kreisen befanden sich sieben Chilenen, die über die Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße aus Westberlin eingereist waren, um an den Veranstaltungen teilzunehmen."[39]

Die hier ausführlich beschriebene Verhinderung einer nicht genehmigten Solidaritätsaktion offenbart nicht nur die geschlossene Kontrolle der politischen Tätigkeit von chilenischen Emigranten durch das MfS. Ebenso werden die engen institutionellen und politischen Grenzen deutlich, innerhalb derer die sogenannte Solidaritätsarbeit wie auch jede andere politische Betätigung in der DDR möglich sein sollte. Es war von der Staatspartei durchaus gewollt, daß sich für die allermeisten DDR-Bürger die „Erfahrung" mit Fremden auf die eher unfreiwillige Mitgliedschaft in entsprechenden Massenorganisationen und von „oben" inszenierte Rituale reduzierte: Die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft", die „Solidaritätskomitees", die „Liga für Völkerfreundschaft" oder die Gewerkschaften sollten die Bürgerinnen und Bürger für den „proletarischen Internationalismus" mobilisieren, dies aber indessen eher auf einer formalen Ebene, etwa durch Beitragssammlungen oder Massenpetitionen. Unaufgefordertes Engagement galt als grundsätzliche Gefährdung des SED-Staats. Dabei scheint für die DDR-Geheimdienstler nicht nur der Verdacht einer „linksextremen" Ausrichtung der Aktion als besonders problematisch bewertet worden zu sein, da auch eher rechts von den Kommunisten zu verortende Sozialisten angesprochen worden waren. Mindestens ebenso schwer wog ihr ungenehmigter und spontaner Charakter sowie die Tatsache, daß die Veranstaltung im Zusammengehen mit Chilenen aus Westberlin stattfinden sollte. Dies rechtfertigte nicht nur in dem hier dokumentierten Fall das Mißtrauen der Geheimdienstler. Darüber hinaus wandelte sich mit der Zeit die Haltung der Sicherheitsorgane der DDR auch gegenüber den „Polit-Emigranten" grundsätzlich. Während es am Beginn noch um den Schutz der Flüchtlinge vor weiterer Verfolgung ging, galten diese mit fortdauerndem Aufenthalt nun entweder als potentielle Kandidaten für die Zusammenarbeit mit dem MfS oder als dessen potentielle Feinde.[40] So kam der Argwohn der Bevölkerung dem Mißtrauen der Staatsmacht entgegen.

Dies konnte noch in der DDR auch für die „guten Ausländer" zum Problem werden:

„Inoffiziell wurde zu dem o. g. Mitglied der sozialistischen Partei Chiles und der Militärischen Kommission dieser Partei berichtet, daß es zwischen ihm und Angehörigen der Deutschen Volkspolizei in Berlin zu Handgreiflichkeiten gekommen sein

39 MfS-Information über die am 7. 5. 1977 geplant gewesenen [sic!] Aktionen von Vertretern der chilenischen linksextremistischen Organisation MIR in der Hauptstadt der DDR, Berlin, BStU, MfS-ZAIG, Nr. 2691, Bl. 1 ff.

40 Vgl. dazu Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000, S. 304 ff.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.900

soll. [geschwärzt; P. P.] hätte sich wegen einer in Berlin bevorstehenden Zusammenkunft der Militärischen Kommission dort aufgehalten und wäre dort bei der Anmeldung in einem Hotel bereits bei der Rezeption abgewiesen worden. Auf Grund dessen, daß er sich nicht mit der Erklärung zufrieden gab, daß keine Zimmer mehr frei seien und sich daraus ein Wortwechsel entwickelte, informierte diese Einrichtung die VP.

Bei deren Erscheinen bat [geschwärzt; P. P.] darum, zur Dienststelle geführt zu werden, um ein Protokoll aufzusetzen. Das sei ihm verweigert worden, er sei aber in das Dienstauto der VP gestoßen und dort geschlagen worden, so daß nach seiner Rückkehr nach Jena Spuren der Knebelketten am Handgelenk und von Schlägen im Gesicht (blutunterlaufenes Auge) erkennbar gewesen sind.

Die Angehörigen der VP hätten ihm auch danach die Aufnahme eines Protokolls verweigert und ihm die Erklärung gegeben, sie hätten ihn mit einem Araber verwechselt.

[geschwärzt; P. P.] will sich deswegen bei der Partei beschweren.

Von mehreren inoffiziellen Quellen wird [geschwärzt; P. P.] als ruhiger und besonnener Mensch charakterisiert."[41]

Öffentliche Solidaritätsbekundungen und Heldenberichte in der Presse waren auch für die „Polit. Emigranten" kein Schutz vor Diskriminierung eines Ausländers durch Hotelpersonal und gewalttätige Übergriffe von Angehörigen der Volkspolizei. Offenkundig war in der DDR beides ohne weiteres miteinander vereinbar. Aus den betreffenden MfS-Akten konnte nicht ermittelt werden, daß es zu weitergehenden Untersuchungen des Vorfalls oder gar Sanktionen gegen die Beteiligten gekommen war. Bemerkenswert ist auch die auf ausgeprägte Vorurteilsstrukturen hinweisende Rechtfertigung der Polizisten, die keinerlei Ansatz eines Schuldbewußtseins erkennen läßt. Nach bisherigem Kenntnisstand ist dies der einzige überlieferte Vorfall dieser Art, der chilenische Emigranten in der DDR betraf. Doch lassen die Umstände darauf schließen, daß es sich um einen nicht untypischen Vorgang im Umgang mit aufgrund ihres Aussehens identifizierbaren Ausländern handelte.[42] Im Alltag machte es dann nur einen geringen Unterschied, ob man guter „Polit. Emigrant", ein ausländischer Student oder ein Vertragsarbeiter war. So berichtete das MfS Anfang der achtziger Jahre, daß die Stimmung in der DDR zunehmend offen ausländerfeindlich wurde.

„In der letzten Zeit gibt es verstärkt negative Diskussionen durch die DDR-Bevölkerung hinsichtlich des Aufenthalts von Ausländern. Dies liegt darin begründet, daß die im Bezirk aufhältigen [sic!] Ausländer zum Teil durch ungenügende Einstellung

41 Chilenische politische Emigration in Jena – Vorkommnis im Zusammenhang mit dem PE [geschwärzt; P. P.], [geschwärzt; P. P.], 26. 3. 1979, BStU, Archiv der Außenstelle Gera, BV Gera, Abt. II, Nr. 5880, Bl. 22.

42 Zum problematischen Umgang mit Ausländern arabischer Herkunft in der DDR s. Almut Riedel, Erfahrungen algerischer Arbeitsmigranten in der DDR. „Hatten och Chancen, ehrlich", Opladen 1994.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut

http://Archiv.ChristophLinks.de/zitate.1.900

zur Arbeit, Disziplinverstöße, kriminelle Handlungen, ruhestörenden Lärm in den Wohngebieten diese Reaktionen herausfordern."[43]

Auf sinnfällige Weise berühren sich hier die Erwartungen von Staatspartei und Bevölkerung gegenüber Ausländern im allgemeinen, was die „Polit. Emigranten" immer einschloß. Letztlich wurde vom SED-Staat wie von der Bevölkerung erwartet, daß die Fremden in der DDR-Gesellschaft als solche nicht in Erscheinung traten. In nicht wenigen Fällen zogen chilenische „Polit. Emigranten" aus dem daraus für sie resultierenden Druck Konsequenzen. Diejenigen, die nicht resignierten oder zu keinem Arrangement bereit waren, handelten dann wie schon viele DDR-Bürger vor ihnen und verließen die DDR.[44]

Auch wenn die hier vorgestellten Ergebnisse nur ein grobes Bild liefern und es von diesem vorläufigen Punkt aus schwer ist, generalisierend zu argumentieren, so erscheinen – aus der Vogelperspektive betrachtet – SED, DDR-Bevölkerung und „Polit. Emigranten" bzw. Fremde als historische Akteure in der staatssozialistischen Gesellschaft in eine trianguläre Beziehungsstruktur eingebunden. Im Konflikt um ideelle und materielle Ressourcen innerhalb der DDR-Gesellschaft konnten sich im historischen Verlauf verschiedene Koalitionen zwischen den drei Polen bilden, die in jedem einzelnen Fall wiederum zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Konfliktlinien und damit zu einer neuen Kräftekonstellation führten. Durch dieses Modell können die Dynamik der gesellschaftlichen Prozesse sowie die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den Akteuren dargestellt werden, die – je länger die staatssozialistische Diktatur bestand, desto intensiver – die Herrschaftspraxis mitbestimmten. In jedem Fall befanden sich die Ausländer, auch gerade die „Polit. Emigranten", in diesem Spannungsfeld in einer institutionell abhängigen und somit schwachen und letztlich gefährdeten Position. Diese insgesamt widersprüchlichen und fragilen Grundlagen der diktatorischen SED-Herrschaft bestimmten letztlich die Existenz dieser Fremden in der DDR.

43 Analyse über den Stand und Ergebnisse der politisch-operativen Sicherung sich ständig und zeitweilig in der DDR aufhaltender Ausländer, der vorbeugenden Verhinderung ihres Mißbrauches für feindlich-negative Handlungen sowie ihrer politisch-operativen Nutzung, 27. 9. 1982, BStU Außenstelle Chemnitz, BV Karl-Marx-Stadt Abt. II, Nr. 43, Bl. 8.

44 Chilenische politische Emigration in Jena – Zur Situation unter den PE: Tendenz der Übersiedlung nach anderen Staaten, 7. 6. 1979, BStU, Archiv der Außenstelle Gera, BV Gera, Abt. II, Nr. 5880, Bl. 13 f.

Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Aut